

Pieske, Büro Dr. Ruck (-51263)

15.03.2013

Dr. Weiland, Büro Dr. Meister (51115)

Gespräch mit Jörg Alt, Peter Wahl, Tobias Hauschild von der Kampagne „Steuer gegen Armut“ am 28.02.2013

Zitate der MdB:

- **Dr. Christian Ruck:**

„Das 0,7-Prozent-Ziel haben wir zwar nicht erreicht. Das Bekenntnis dazu und damit verbunden das Kämpfen um Mittel hat aber dazu geführt, dass der Haushalt des Entwicklungsministerium heute 60% mehr Mittel hat als vor dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Merkel. Die ODA-Quote liegt heute bei 0,39%/BIP nach 0,35%/BIP in 2009. Und heute ist die Quote nicht in hohem Umfang durch (einmalige) Schuldenerlasse gedeckt, sondern durch frisches Geld für Maßnahmen aller Art.“

„Es gibt viele gute Ideen, wofür die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer verwendet werden sollen: für die Entwicklungspolitik, für das Klima, national und international. Beim Waldschutz haben wir jedenfalls eine Punktlandung in der Erfüllung der Zusage gemacht. Bei der Klimafinanzierung müssen wir mittelfristig noch aufrüsten.“

„Wenn ich für die Entwicklungshaushalt werbe, weise ich immer darauf hin, dass der Entwicklungsetat der zweitgrößte Investitionshaushalt im Bundeshaushalt ist. Die deutsche Wirtschaft profitiert davon. Das ist also nicht nur ein weiches Thema. Das sind harte Fakten.“

- **Dr. Michael Meister:**

„Es ist ein riesiger Erfolg der Bundesregierung und insbesondere des Bundesfinanzministers Dr. Schäuble bezüglich der Finanztransaktionssteuer genug Staaten für die „verstärkte Zusammenarbeit“ zusammen gebracht zu haben. Die Vorstellungen der Teilnehmerstaaten sind allerdings sehr unterschiedlich. Der jetzt

vorgelegte Kommissionsvorschlag wird von allen 27 Staaten diskutiert werden. Es ist also wichtig, die 11 Befürworter zusammenzuhalten, damit das nicht alles zusammenbricht.“

„In der Koalition gibt es keinen Dissens. Alle wollen die Finanztransaktionsteuer. Die Bundesregierung muss aber darauf achten, dass keine Beeinträchtigung des Finanzplatzes Deutschland entsteht, dass normale Sparer nicht betroffen werden und dass der Steuersatz niedrig ist, d.h. 0,001-0,1%, um Verlagerungseffekte zu minimieren. Aufgepasst werden muss auch, dass kein Widerspruch zur Förderung der privaten Altersvorsorge entsteht. Der Eindruck ist aber, dass der Kommissionsvorschlag diese Kriterien erfüllt.“

„Als Erlöse haben wir bisher mit 2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt ab 2014 veranschlagt. Für 2014 muss das aber im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren rausgenommen werden, da es nicht realistisch ist, die Finanztransaktionssteuer bis dahin umzusetzen. Dies muss vor dem Hintergrund geschultert werden, dass 2014 der Bundeshaushalt strukturell ausgeglichen sein soll. Nach dem Kommissionsvorschlag könnten in den Folgejahren allerdings 5-6 Mrd. Euro auf Deutschland entfallen. Da wir bisher nur von 2 Mrd. Euro Einnahmen ausgehen, käme es also zu Mehreinnahmen, auf dem ersten Blick also zusätzlicher Ausgabenspielraum, wenn der Vorschlag so umgesetzt würde. Aber viele Fachpolitiker haben bereits Vorschläge für die Verwendung dieser Mittel unterbreitet, die leider nicht miteinander konsistent sind..“

„Bis zur Bundestagswahl am 22.9. dürfte es keinen Entscheidungsbedarf im Bundestag geben. Es bleibt bei der geschilderten Linie der Koalition. Einen positiven Umsetzungsbeschluss wird es bis zur Wahl kaum geben können, weil das Brüsseler Verfahren so schnell nicht abgeschlossen sein dürfte.“

„Im Haushalt 2012 haben wir insgesamt überraschend gut abgeschnitten, die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes für den Bund (strukturelles Defizit von maximal 0,35%/BIP in 2016) wurden schon erfüllt. Wir wollen aber nicht auf der Leitplanke des Grundgesetzes fahren]. Deshalb wollen wir schon für 2014 den strukturellen Ausgleich. Dafür fehlen noch rund 8 Mrd. Euro. Wir stellen das 0,7% /BIP-Ziel nicht infrage, aber wir können auch nicht sagen, dass es leicht erreichbar wäre. Die Länder dürfen im Rahmen der Schuldenkrise ab 2020 kein strukturelles Defizit ausweisen. Seitens der Länder wird weiterer finanzieller Bedarf angemeldet werden, wenn 2019 die föderalen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, neu geordnet werden. Und schließlich dürfen wir das dynamische Wachstum einiger Ausgabenpositionen durch die Demographie nicht vergessen Auch dies muss bei der Einhaltung der Schuldenbremse beachtet werden“ [

- **Sibylle Pfeiffer:**

„Das 0,7-Prozent-Ziel wird auch im neuen Wahlprogramm enthalten sein. Wir sind aber nicht nur Fachpolitiker, sondern auch Allgemeinpolitiker, die Verantwortung für das Ganze und damit die Schuldenbremse haben. Dennoch kämpfen wir an allen Fronten für mehr Mittel. Wir kämpfen aber auch für mehr Effektivität des Einsatzes der deutschen Gelder.“

- **Dagmar Wöhrl:**

„Wir Entwicklungspolitiker und die Bundesregierung stehen zum 0,7%-Ziel, denn dies ist der Maßstab unserer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Dennoch kann nur ein finanziell solides und starkes Land auch weiterhin seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Deshalb gilt es für uns wichtig, die Schuldenbremse in Deutschland einzuhalten. Wir müssen durch angepasste Schwerpunktsetzung wie seit 2009 geschehen, mit unseren Partnerländern Fortschritte in der Entwicklung erarbeiten. Unser Motto ist deshalb immer: Hilfe zur Selbsthilfe.“

- **Frank Heinrich:**

„Bei Gesprächen mit Bürgern vor Ort wird immer wieder deutlich, dass die Menschen erwarten, dass wir in der Politik den Fokus auf die Wahlkreise legen und die dortigen Probleme, die auch Mitteleinsatz erfordern. Die Schwierigkeit ist, internationale Themen der Entwicklungszusammenarbeit für die Bürger vor Ort sinnvoll zu machen. Es ist daher wichtig, dass die Kampagne auch in der Öffentlichkeit noch mehr Werbung für die Bedeutung von Entwicklungspolitik macht.“